

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Industriellen über den Ausgleich. Die drei zentralen industriellen Verbände, der Industrielle Klub, der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs und der Bund österreichischer Industrieller, geben kund, was sie von dem neuen Ausgleich begehren. Vor allem eine fünfundsanzwanzigjährige Dauer seiner Geltung. Ueber die Zölle sagen sie:

Schleunige Vereinbarung der wichtigsten Positionen des autonomen Zolltarifs. Der künftige autonome Zolltarif, soll er eine brauchbare Grundlage für den Abschluß günstiger Handelsverträge bilden, muß derart erstellt werden, daß er Ermäßigungen im Interesse unseres Außenhandels ermbglicht. Die künftigen Vertragszölle müssen jedoch unserer Industrie unbedingt jenen Schutz gewähren, der für ihren geachtlichen Bestand und ihre künftige Entwicklung unerläßlich ist, was notwendigerweise in einzelnen Positionen zu einer Erhöhung der jetzt geltenden Sätze führen wird.

Bei Festsetzung der landwirtschaftlichen Zölle sowie der Regelung der Veterinärfrage ist auf die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie auf eine günstige Gestaltung der Handelspolitik mit den Balkanstaaten die weitestgehende Rücksicht zu nehmen.

Sie wollen also Ermäßigungen und Erhöhungen der Industriezölle... Dann wären noch folgende Forderungen hervorzuheben:

Da die Zolleinnahmen von den gemeinsamen Ausgaben abgezogen werden und in Oesterreich der Warenverbrauch namentlich in jenen Waren, die mit Finanzzöllen belegt sind, ein viel größerer ist als in Ungarn, ist die Herabsetzung der österreichischen Quote schon aus diesem Grunde anzustreben. Zu den gemeinsamen zu bestreitenden Aufwendungen gehören naturgemäß die durch den Krieg und seine Folgen entstandenen, insbesondere die Ausgaben für den Ersatz von Kriegsschäden, für die Versorgung der Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen, für die Herstellung der Saluta und für die Ansammlung von Kriegsvorräten.

Diese Forderungen sind natürlich durchaus richtig und

„Längere Arbeitszeit“ geplant werde. Da auch in Oesterreich eine solche „zeitgemäße“ Reform geplant wird, wird man gut tun, maßgebenden Orts alles vorzusehen, damit nicht auch hier die angeblühte Wohltat zur Plage für die arbeitenden Menschen wird. Ueberflüssig zu bemerken, daß sich die Handelskammer gegen die Siebenuhrgeschäftssperre für das ganze Jahr aussprach. Die Herren haben eben in Kriegszeiten weder etwas vergessen, noch etwas gelernt. Ein Gesetz zum Schutze der Gesundheit zahlreicher arbeitender Menschen soll noch immer hintangehalten werden wegen der „Schwierigkeiten des Erwerbslebens“, wegen der „besonderen Interessen der einzelnen Branchen“. Wir können nicht annehmen, daß sich die Statthalterei dadurch in ihrem Vorhaben wird beirren lassen. Zum mindesten die staatlichen Verwaltungsstellen müssen ja dessen eingedenk sein, daß nicht Brancheninteressen und Zünftelei, sondern vor allem gesunde Menschen dem Staate not tun. Wir kennen die „besonderen Brancheninteressen“ der durch Herrn Pabst vertretenen Händler nur zu gut und wollen deshalb bemerken, daß es höchst wünschenswert ist, etwas vorzusehen, daß die Preistreibererei zum mindesten nach 7 Uhr abends aufhört.